

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16.11.2010

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:00 Uhr

Anwesend sind:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	16:45 Uhr bis 18:50 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	18:50 Uhr bis 19:40 Uhr
Vertreterin für Herrn Bönisch		
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 19:40 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	17:10 Uhr bis 19:40 Uhr

Entschuldigt fehlen:

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der
Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Zum TOP 5.4 wurde ein

Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Grundsatz- und Baubeschluss zur EU-Schulbauförderung (EFRE) 2007 - 2013 für die Schulstandorte Integrierte Gesamtschule Halle, Sekundarschule "Johann Christian Reil" und Grundschule Am Heiderand (V/2010/09257)

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16.11.2010 - öffentlicher Teil

gestellt. Dieser habe sich erledigt, da die Verwaltung den Antrag übernommen hat (siehe Austauschblatt).

Die Verwaltung bat, die

Dringlichkeitsvorlage V/2010/09342

Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Bereich der Leistungen nach dem Unterhaltungsvorschussgesetz für das Haushaltsjahr 2010

zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen. Die Vorlage wurde am 12.11.2010 versandt.

Auf Nachfrage von Herrn Misch führte Herr Kogge aus, dass die erforderlichen Unterlagen als Basis für die Vorlage erst nach dem Postausgang der Sitzungsunterlagen des Finanzausschusses eingegangen seien. Die Dringlichkeitsvorlage wurde erstellt, um Schaden von der Stadt abzuwenden. Eine entsprechende Deckung wurde angeboten.

Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage in die Tagesordnung:

einstimmig zugestimmt

Die Verwaltung stellte die ursprünglich als TOP 5.3 geplante Vorlage

Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte,
Volksfeste (Marktsatzung)

Vorlage: V/2010/09160

aufgrund der Beratungsfolge zurück.

Die Verwaltung stellte ebenso die ursprünglich als TOP 5.8 geplante Vorlage

Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8 ÖPNV-Gesetz des
Landes für die HAVAG für das Jahr 2011 und die Mittel für den Ausgleich
verbundbedingter Belastungen

Vorlage: V/2010/09254

zurück, da noch interner Klärungsbedarf besteht.

Der als TOP 6.1 geplante

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Reinigung von Wegen in halleschen Parks

Vorlage: V/2010/09186

wurde im Planungs- und Ordnungsausschuss von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

Herr Knöchel merkte an, dass in der zur Beratung vorliegenden neuen Friedhofsgebührensatzung (TOP 5.7) auf Seite 6 auf eine neue Satzung verwiesen wurde, die noch nicht Gegenstand der Beratungen in den Gremien war.

Herr Schmoll (Grünflächenamt) erläuterte, dass die neue Friedhofssatzung in der Überarbeitung sei. Die Regelungen der neuen Grabarten treten erst in Kraft, wenn die neue Friedhofssatzung beschlossen wurde.

Herr Willecke bestätigte die rechtliche Möglichkeit dieser Vorgehensweise.

Herr Misch fügte an, dass nach der Mustersatzung der Stadtrat nicht für den Erlass der Friedhofssatzung zuständig sei.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wurde beschlossen:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 19.10.2010
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: V/2010/09212
 - 5.2. Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA)
Vorlage: V/2010/09213
 - 5.3. Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung)
Vorlage: V/2010/09160 – z u r ü c k g e s t e l l t -
 - 5.4. Grundsatz- und Baubeschluss zur EU-Schulbauförderung (EFRE) 2007 - 2013 für die Schulstandorte Integrierte Gesamtschule Halle, Sekundarschule "Johann Christian Reil" und Grundschule Am Heiderand.
Vorlage: V/2010/09257
 - 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Grundsatz- und Baubeschluss zur EU-Schulbauförderung (EFRE) 2007 - 2013 für die Schulstandorte Integrierte Gesamtschule Halle, Sekundarschule "Johann Christian Reil" und Grundschule Am Heiderand (V/2010/09257).
Vorlage: V/2010/09337 – n e u -
 - 5.5. Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg
Vorlage: V/2010/09127
 - 5.6. Bekanntgabe Konzessionsverträge Strom und Gas
Vorlage: V/2010/09226
 - 5.7. Friedhofsgebührensatzung
Vorlage: V/2010/09096
 - 5.8. Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8 ÖPNV-Gesetz des Landes für die HAVAG für das Jahr 2011 und die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: V/2010/09254 – z u r ü c k g e s t e l l t -
 - 5.9. Feststellung der Jahresrechnung 2009 und Entlastung der Oberbürgermeisterin
Vorlage: V/2010/09152

- 5.10. Erste Änderung der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnsteuer
Vorlage: V/2010/09138
- 5.11. Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Vorhaben "Verlagerung Relaisstation" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09159
- 5.12. Mitteilung des Landesrechnungshofes vom 02.03.2010 über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Haus Halle e.V. sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO
Vorlage: V/2010/08816
- 5.13. Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Bereich der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09342 – n e u -
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Reinigung von Wegen in halleschen Parks
Vorlage: V/2010/09186 – z u r ü c k g e z o g e n -
 - 6.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Doppikeinführung
Vorlage: V/2010/09221
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.1. Sachstandsbericht zum Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH
 - 8.2. Sachstandsbericht zum weiteren Vorgehen bezüglich der verbleibenden Struktureinheiten des EB ZGM nach Bildung des Hauptamtes
 - 8.3. Sachstandsbericht zur Situation der Zoologischen Garten Halle GmbH
9. mündliche Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 19.10.2010

Herr Knöchel führte aus, dass er unter dem TOP mündliche Anfragen die Frage gestellt habe, inwieweit die Finanzierung der freien Träger von Kindertageseinrichtungen im Haushaltsjahr 2010 gesichert sei. Er habe dabei auf die unzureichende Veranschlagung der vergangenen Jahre verwiesen und erbat eine Aufstellung zum entsprechenden Haushaltstitel. Die Verwaltung (Herr Kogge) habe daraufhin eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Herr Kogge erläuterte, dass ihm die Frage und die Bitte nicht bekannt seien und auch nicht in der Niederschrift aufgenommen wurden. Die Frage von Herrn Dr. Meerheim zur ähnlichen Thematik wurde zugesageweise für die Stadtratssitzung am 27.09.2010 beantwortet.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16.11.2010 - öffentlicher Teil

Herr Wolter wies darauf hin, dass auf der letzten Seite eine Ergänzung des Wortes „nicht“ vorgenommen werden müsse. Der Absatz erhält folgende Fassung:

Herr Dr. Wöllenweber fragte nach, was passiert, wenn der Nachtragshaushalt 2010 nicht beschlossen wird. Herr Geier antwortete, dass dann der Stand von Juli 2010 eintritt, einschließlich der Verfügung des Landesverwaltungsamtes. Welche weiteren Maßnahmen dieses dann erlassen wird, ist aus derzeitiger Sicht **nicht** vorhersehbar.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Finanzausschusses am 19.10.2010 wird mit der genannten Änderung auf der letzten Seite genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. Oktober 2010 wurden keine abschließenden Beschlüsse gefasst.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Jahresabschluss 2009 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) Vorlage: V/2010/09212

(16:45 Uhr - Herr Bönisch kam in die Sitzung)

Aufgrund einer Bitte von Herrn Wolter sagte Herr van Rissenbeck zu, nach Möglichkeit und vorliegender Datenlage (der Datenschutz müsse beachtet werden), die entlastenden Effekte der Maßnahmen im nächsten Jahresabschluss zahlenmäßig auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2009 wird festgestellt.

2. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung wird für das Wirtschaftsjahr 2009 gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.

zu 5.2 Wirtschaftsplan 2011 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung (EfA) **Vorlage: V/2010/09213**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Wolter, Herr Krause, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Bönisch, Herr Neumann und Herr van Rissenbeck.

Auf Nachfrage erläuterte Herr van Rissenbeck, dass die Bundes- und Landeszuschüsse gesichert seien, weil sie bewilligt oder beantragt seien. Es bestehe kein finanzielles Risiko für die Stadt, da die Maßnahmen nicht durchgeführt werden, wenn die Mittel nicht durch schriftlichen Bescheid bewilligt wurden. Zurzeit wurden ca. 700 T€ der Bundes- und Landesmittel, ca. 1/3, bereits bewilligt. Dies seien Mittel für ungefähr 290 Arbeitsplätze. Die Zusammenarbeit mit dem Bundesverwaltungsamt gestalte sich sehr positiv. In der Arbeit werden die möglichen kreativen Spielräume genutzt. Der Schwerpunkt der Arbeit des EfA liege in der Arbeitsförderung.

Herr Neumann fügte an, dass es das Ziel der Verwaltung sei, dass die Entlastungswirkungen durch die Maßnahmen des EfA auf den städtischen Haushalt (Kosten der Unterkunft) zukünftig nahezu 100 % betragen werden. Die genauen finanziellen Auswirkungen hängen jedoch sehr stark von den sozialen Verhältnissen des Maßnahmeteilnehmers ab.

Herr van Rissenbeck wies darauf hin, dass aufgrund der Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung keine Bilanz vorgelegt wird, sondern eine Gewinn- und Verlustrechnung. Maßnahmen erstrecken sich oft über mehrere Jahre. Diese Aufwendungen werden in der Position „unfertige Leistungen“ verbucht. Eine neue Eigenbetriebsverordnung sei jedoch in der politischen Diskussion und soll noch in dieser Legislaturperiode beschlossen werden.

(17:10 Uhr – Herr Wehrich kam in die Sitzung.)

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2011 wird bestätigt.

Finanzielle Auswirkung im städtischen Haushalt:

HH-Stelle 1.8410.715000	2.841.000 €
HH-Stelle 2.8410.985000.002	49.000 €

zu 5.3 Satzung der Stadt Halle (Saale) für Wochenmärkte, Spezial- und Jahrmärkte, Volksfeste (Marktsatzung) **Vorlage: V/2010/09160**

Ergebnis:

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgestellt.

**zu 5.4 Grundsatz- und Baubeschluss zur EU-Schulbauförderung (EFRE) 2007 - 2013 für die Schulstandorte Integrierte Gesamtschule Halle, Sekundarschule "Johann Christian Reil" und Grundschule Am Heiderand.
Vorlage: V/2010/09257**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Wolter, Herr Wehrich, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Bönisch, Herr Kogge und Herr Hildebrand.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Hildebrand hinsichtlich der Preisanpassungsklausel für die Betriebsphase, dass die Indizierung der Baupreise für die Bauunterhaltung berücksichtigt wird.

In der Planung werden 2 – 3 % als Preisindex für Medienverbräuche angesetzt. In der Abrechnung zählen die tatsächlichen Werte der Preisänderung.

Herr Hildebrand erläuterte weiterhin, dass aufgrund der finanziellen Höhe der Maßnahme eine freihändige Vergabe vorgenommen wurde. Es habe drei Bewerber gegeben. Sehr umfangreiche Unterlagen inklusive Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen liegen vor und Herr Beigeordneter Kogge habe mehrfach die Einsichtnahme angeboten. Dieses Angebot wurde teilweise angenommen.

Herr Kogge fügte bei, dass bei den beiden untersuchten Varianten als negativ für die konventionelle Variante herausgearbeitet wurde, dass dann keine Änderungen mehr möglich bzw. sehr, sehr schwierig seien. Bei dem Lebenszyklusmodell können mehrere Bieter auch später noch einsteigen und die beste Variante umgesetzt werden. Dies wird im Ausschreibungsverfahren so festgeschrieben. Er betonte, dass auch die konventionelle Variante durch Fachleute des Eigenbetriebes ZGM geprüft wurde.

Zum Nutzer Hort der Grundschule Heiderand führte Herr Hildebrand aus, dass die grundsätzliche Instandhaltung durch den Vermieter (Stadt), basierend auf dem Mietvertrag, zu leisten sei. Der freie Träger übernehme die speziell gewünschten Einbauten für den Hortbetrieb.

Die Hausmeisterleistungen werden beim Lebenszyklusmodell etwas ansteigen, da sich kein Hausmeister bereit erklärt hat, überzugehen. Die Auswahl der Schulen erfolgte durch das Kultusministerium auf der Grundlage der Konzepte.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Ausführung der EU – Schulbauförderung EFRE 2007 – 2013 für die Integrierte Gesamtschule Halle, Sekundarschule „Johann Christian Reil“ und Grundschule Am Heiderand zum frühestmöglichen Zeitpunkt.

2. Der Stadtrat beschließt die Realisierung in einem Lebenszyklusprojekt.
3. Der Stadtrat beschließt, dass bei der Bauplanung und Bauausführung die künftigen Nutzer direkt einbezogen werden und insbesondere bei den konkreten Festlegungen zur Raumnutzung gesicherte Erkenntnisse pädagogischer Architektur im Sinne der Wirksamkeit des sogenannten „Dritten Lehrers“ berücksichtigt werden.

<u>Finanzielle Auswirkung</u>		Zeitraum 2007 - 2013 (Planung 2009)		
		in EUR		
		Ausgabe	Einnahme	Eigenmittel
IGS Halle	2.2812. VHZ 006	8.517.300	4.000.000	4.517.300
SK „J. Chr. Reil“	2.2120. VHZ 005	4.982.000	4.000.000	982.000
GS Heiderand	2.2110. VHZ 018	3.588.200	2.407.000	1.181.200

Die erforderlichen Eigenmittel 2010 – 2013 können durch den gegenwärtigen Investplan gedeckt werden.

**zu 5.4.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Grundsatz- und Baubeschluss zur EU-Schulbauförderung (EFRE) 2007 - 2013 für die Schulstandorte Integrierte Gesamtschule Halle, Sekundarschule "Johann Christian Reil" und Grundschule Am Heiderand (V/2010/09257).
Vorlage: V/2010/09337**

Ergebnis:

Der Änderungsantrag hat sich erledigt, da die Verwaltung diesen übernommen hat. (Siehe Änderungsblatt zur Vorlage.)

**zu 5.5 Gebietsänderungsvertrag zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Stadt Landsberg
Vorlage: V/2010/09127**

Auf Nachfrage wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, dass die Gebietsteile der Stadt Landsberg an dem Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A14 (B-Plan Nr. 1 des Planungsverbandes Industriegebiet Halle-Saalkreis an der A14) und das auf dem Gebiet der Stadt Landsberg

liegende Gewerbe- und Industriegebiet Halle-Ost (B-Plan Nr. 3 „Gewerbegebiet II“) in die Stadt Halle umgliedert werden sollen.

2. Der Stadtrat stimmt dem Abschluss des Gebietsänderungsvertrages mit der Stadt Landsberg zu. Die Oberbürgermeisterin wird ermächtigt, alle zur Durchführung der Gebietsänderung erforderlichen Erklärungen abzugeben und Verträge zu schließen.

Finanzielle Auswirkung:

siehe zusammenfassende Sachdarstellung und Begründung in der Vorlage

zu 5.6 Bekanntgabe Konzessionsverträge Strom und Gas
Vorlage: V/2010/09226

Auf Nachfrage wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, nach der öffentlichen Bekanntmachung der Beendigung der Konzessionsverträge Gas und Strom im Amtsblatt der Europäischen Union, mit den Bewerbern Verhandlungen über den Abschluss neuer Konzessionsverträge, beginnend ab dem 01.01.2013 mit einer 20-jährigen Laufzeit, aufzunehmen.

zu 5.7 Friedhofsgebührensatzung
Vorlage: V/2010/09096

An der Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Wolter, Herr Wehrich, Herr Dr. Meerheim und Herr Schmoll (Grünflächenamt).

Bezüglich der neuen Bestattungsformen wies Herr Schmoll darauf hin, dass die Kalkulationen der Bestattungsformen in Punkt 1.8 der Gebührensatzung enthalten seien. Die Baumgräber seien ein Alternativangebot der Stadt zur Friedwaldvariante. Die Bäume stehen bereits. Diese Gräber seien ca. 1 m² groß. Der Hinweis für die Bürger, dass die neuen Grabarten erst mit der Beschlussfassung der neuen Friedhofssatzung in Kraft tritt, werde mit der Veröffentlichung der Friedhofsgebührensatzung erfolgen, um Irritationen zu vermeiden.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der in der Anlage der Vorlage beigefügten Friedhofsgebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Halle (Saale) inklusive dem Gebührenverzeichnis nach § 1 für die Kostenträgergruppen:

1. Gebühren für Grabnutzungsrechte Pkt. 1.1 bis 1.12.,
2. Gebühren für die Nutzung der Feierhallen, Nebenräume Pkt. 2.1 bis 2.3.3,
3. Gebühren für Bestattungen und Beisetzungen Pkt. 3.1 bis 3.3,
4. Besondere Gebühren Pkt. 4.1 bis 4.10,
5. Friedhofsunterhaltungsgebühr 4.11,
6. Gebühren für neue Grabarten Pkt. 5.1 bis 5.6.1.

wird zugestimmt.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH : 1.7500.110300 + 80.084,- €
VermHH :

**zu 5.8 Verteilung der Regionalisierungsmittel des Landes gemäß § 8 ÖPNV-Gesetz des Landes für die HAVAG für das Jahr 2011 und die Mittel für den Ausgleich verbundbedingter Belastungen
Vorlage: V/2010/09254**

Ergebnis:

Die Vorlage wurde von der Verwaltung zurückgestellt.

**zu 5.9 Feststellung der Jahresrechnung 2009 und Entlastung der Oberbürgermeisterin
Vorlage: V/2010/09152**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Nagel, Herr Bönisch, Herr Wolter, Herr Knöchel, Herr Geier und Herr Kogge.

Die Verwaltung verwies auf die ausgegebenen Änderungsblätter, die im Ergebnis der letzten Sitzung des Rechnungsprüfungsamtes erarbeitet wurden.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Geier, dass seit mehreren Jahren die Höhe der Kassenreste kritisiert werde. Es gab kürzlich ein Akteneinsichtsverfahren. In diesem wurde ersichtlich, dass die Zahlen ordnungsgemäß unterlegt seien. Einige Vorgänge, z. B. der Unterhaltsvorschuss, seien durch die Verwaltung nicht steuerbar.

Durch ein Mitglied des Ausschusses wurde die Beantwortung der Verwaltung gegenüber dem Rechnungsprüfungsamt und dem Rechnungsprüfungsausschuss kritisiert.

Herr Geier verwies auf die einzelnen Rollen der Beteiligten und auf die ausführlichen Diskussionen im Rechnungsprüfungsausschuss. Er sehe die Hinweise als Möglichkeit, Verbesserungen vorzunehmen. Die Bildung der Haushaltsreste werde regelmäßig im

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16.11.2010 - öffentlicher Teil

Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beraten und beschlossen.

Auf Nachfrage von Herrn Bönisch bezüglich zu erwartender überplanmäßiger Ausgabeanträge für den Kita-Bereich führte Herr Kogge aus, dass die Situation zurzeit sehr schwierig sei. Die Anträge der freien Träger gehen momentan noch ein, werden geprüft und mit den eingeplanten Mitteln der Stadt abgeglichen.

Herr Geier fügte an, dass bei Vorliegen der Notwendigkeit eine Vorlage in die Sitzung der Gremien im Dezember eingebracht wird.

Auf der Seite 78 der Vorlage ist auf die Anlage 14 verwiesen, die eine Übersicht zu den Rückzahlungen der Fördermittel und den Zinszahlungen enthalten soll. Diese ist nicht Bestandteil der übersandten Vorlage und soll bis zur Stadtratssitzung nachgereicht werden.

Zukünftig ist bei der Feststellung der Jahresrechnung der Amtsleiter / die Amtsleiterin des Rechnungsprüfungsamtes zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften einzuladen.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
2 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2009 wird gemäß § 170 Abs. 3 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt beschlossen und der Oberbürgermeisterin Entlastung erteilt.

**zu 5.10 Erste Änderung der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnsteuer
Vorlage: V/2010/09138**

Auf Nachfrage wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die erste Änderung der Satzung über die Erhebung der Zweitwohnungssteuer in der Stadt Halle (Saale).

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH: 1.9000.027000
keine finanziellen Auswirkungen

**zu 5.11 Genehmigung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Vorhaben "Verlagerung Relaisstation" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09159**

Auf Nachfrage wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt für das Haushaltsjahr 2010 die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) für das Vorhaben Verlagerung Relaisstation, Investitionszuschuss an ZGM - Bauleistungen, Haushaltsstelle 2.1100.985100-004, in Höhe von 120.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 2.6150.987000-016 Stadtsanierung, Stadtumbau, Investitionszuschuss an private Unternehmen, in Höhe von 120.000 EUR.

<u>Finanzielle Auswirkung:</u>	Haushaltsstelle: 2.1100.985100-004	VermHH: 120.000 EUR (VE)
	Deckung: 2.6150.987000-016	120.000 EUR (VE)

**zu 5.12 Mitteilung des Landesrechnungshofes vom 02.03.2010 über die Prüfung der öffentlichen Förderung des Eine-Welt-Haus Halle e.V. sowie der Haushalts- und Wirtschaftsführung des Zuwendungsempfängers gemäß § 91 Abs. 2 LHO
Vorlage: V/2010/08816**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Bönisch, Frau Nagel und Herr Kogge.

Es wurde aus den Reihen der Ausschussmitglieder darauf hingewiesen, dass die vom Rechnungsprüfungsausschuss gewünschten Änderungen noch nicht vorliegen. (Entschärfung der Formulierung bezüglich der Verurteilung des neuen Vorstandes.)

Herr Kogge führte aus, dass die Beantwortung zur Stadtratssitzung zugesagt wurde.

Frau Nagel wies darauf hin, dass die Vorlage erst in der Dezembersitzung des Stadtrates in der Beratungsfolge vorgesehen sei.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ergebnis:

Die Vorlage wurde bis zur Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 7.12.2010 zurückgestellt, um die gewünschten Änderungen des Rechnungsprüfungsausschusses vorzunehmen.

**zu 5.13 Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe im Bereich der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: V/2010/09342**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Wöllenweber, Herr Dr. Meerheim und Herr Kogge.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Kogge, dass die Fälle nicht in Höhe von 50 pro Monat steigen, sondern es sich um einen kumulierten Durchschnittswert übers Jahr handelt.

Die missverständliche Formulierung in der Vorlage wurde kritisiert.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßige Ausgabe im Bereich der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz - Weitere soziale Leistungen, Haushaltsstelle 1.4811.788000, in Höhe von 172.700 EUR.

Die Deckung erfolgt aus den Haushaltsstellen

1.4811.161000 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz - Erstattungen vom Land
115.100 EUR,
GD1.4070.518000 Deckungskreis Verwaltung Jugendhilfe (Anl. 1) 57.600 EUR.

<u>Finanzielle Auswirkungen:</u>	Haushaltsstelle: 1.4811.788000	VerwHH : 172.700 EUR
	Deckung: 1.4811.161000 GD1.4070.518000 (Anl.1 der Vorlage)	115.100 EUR 57.600 EUR

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 6.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Reinigung von Wegen in halleschen Parks
Vorlage: V/2010/09186**

Ergebnis:

Der Antrag wurde in den Fachausschüssen (Planungs- und Ordnungsausschuss) von der SPD-Stadtratsfraktion zurückgezogen.

zu 6.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Doppikeinführung Vorlage: V/2010/09221

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Dr. Meerheim, Herr Krause, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Bönisch und Herr Geier.

Auf Nachfrage erläuterte Herr Geier, dass die Einführung der Doppik zum 1.1.2012 trotz der Einsparungen im Nachtragshaushaltsplan nicht gefährdet sei. Der Zeitplan liege verwaltungsintern vor. Zwei bis drei Dinge müssen noch angepasst werden. Er sagte eine Übergabe im Finanzausschuss Dezember zu. Dann müssen die Produkte und das Layout noch intern abgestimmt werden, bevor auch dieses dem Stadtrat vorgestellt wird. Er empfahl, den Punkt 4 des Beschlussvorschlages - Schulungen der Stadträte - in zwei unterschiedliche Abschnitte zu teilen. Einmal Einführung, Produkte, Layout usw. und danach sollten zeitnah die „buchhalterischen“ Schulungen ab Juni beginnen. Aufgrund einer Bitte sagte Herr Geier die Information zu, wie viel finanzielle Mittel speziell für die Schulungen der Stadträte geplant seien.

Auch die bilanzpolitischen Möglichkeiten sollten eine wichtige Rolle in diesem Prozess spielen. Die Eröffnungsbilanz der Stadt Halle (Saale) muss bei der Einführung der Doppik zum 1.1.2012 bis zum 30.06.2013 vorliegen. Darüber müsse sich die Verwaltung mit dem Stadtrat verständigen, da diese beschlossen werden müsse. Im Kostenrahmen für die Einführung der Doppik sei ein Teil für die Schulungen der Stadträte vorgesehen. Weiterhin verdeutlichte Herr Geier die Verzahnung der Einführung der Doppik mit der Haushaltsplanung 2012.

Durch ein Mitglied des Finanzausschusses wurde darauf hingewiesen, dass in der letzten Wahlperiode eine e-learning-CD ausgegeben wurde zur Thematik Doppik. Es wurde angefragt, ob diese noch aktuell sei. die Verwaltung sagte eine Prüfung zu.

Abstimmungsergebnis:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im November einen ersten Projektbericht zur „Einführung der Doppik“ in der Stadtverwaltung Halle in den Stadtrat einzubringen.

1. In der Folge erhält der Finanzausschuss jeweils vierteljährlich einen Statusbericht zur Vorbereitung der Aufstellung eines doppischen Haushaltsplanes 2012.
2. Im ersten Bericht sind neben den Projektzielen, dem Stand der Dinge in den einzelnen Teilprojekten und noch offenen Punkten auch die bisherigen und künftig zu erwartenden Projektkosten darzustellen.

3. Vor Beginn der Aufstellung des Haushaltes 2012 wird dem Stadtrat ein Zeitplan zur doppelten Aufstellung des Haushaltes, zur Einbringung einer Vorlage zur Eröffnungsbilanz, zum neuen Haushaltslayout, zur Struktur der ausgewiesenen Produkte und Leistungen und zu Controllinginstrumenten, zur Erarbeitung von Haushaltseckwerten und zur Einbringung des doppelten Haushaltsplans 2012 vorgelegt.
4. Die Verwaltung beginnt umgehend, Schulungen für Stadträte zur doppelten Haushaltsführung anzubieten.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Schriftliche Anfragen lagen nicht vor.

zu 8 Mitteilungen

Zu Beginn der Sitzung wurde die Übersicht über die Vorhaben der Stadt Halle (Saale) im Rahmen des Konjunkturpaketes II mit Stand vom 15.11.2010 übergeben

zu 8.1 Sachstandsbericht zum Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH

Herr Neumann schlug vor, diesen Tagesordnungspunkt im nicht öffentlichen Teil mit der Vorlage zu beraten. Dem widersprach Herr Misch, da die Beschränkungen der Öffentlichkeit eindeutig geregelt seien.

An der Diskussion beteiligten sich Herr Knöchel, Herr Wehrich, Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Neumann und Frau Hagen (Geschäftsführerin MMZ).

Auf die Kritik, dass die im nicht öffentlichen Teil auf der Tagesordnung stehende Vorlage sehr lange avisiert wurde und aufgrund von Nachfragen erläuterte Herr Neumann, dass sehr lange über die Zukunft des MMZ diskutiert und gerungen wurde. Es war unter anderem zu prüfen, welche Investitionen noch zukünftig aus energetischen Gründen notwendig werden. Außerdem wurde die Endabrechnung der Fördermittel abgewartet. Grundsätzlich seien alle Technologiezentren „Brutzentren“ von Innovationen und in der Regel zuschussbedürftig. Es sei das mittelfristige Ziel der Geschäftsführung des MMZ und der Stadt, den Zuschuss gegen Null abzusenken. Die Erreichung des Zieles hänge jedoch von den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ab.

Einige Mitglieder führten aus, dass sie mehr Detailinformationen sowie konzeptionelle, strukturelle und strategische Vorschläge erwartet hätten. Die Zustimmung zur heutigen Beschlussvorlage sei eigentlich nur dann vertretbar, wenn die unterjährigen und mittelfristigen Planungen bekannt seien. Vor dem Beginn einer Diskussion über ein mögliches MMZ II müssen diese Zahlen vorgelegt und der Erfahrungshintergrund der Gründung des MMZ ausgewertet werden.

Herr Geier betonte, dass Herr Dr. Pohlack krankheitsbedingt nicht an der heutigen Sitzung teilnehmen könne. Dieser sei verwaltungsintern Hauptverantwortlicher für das MMZ und hätte noch detaillierter ausführen können.

Frau Hagen (Geschäftsführerin MMZ) fügte an, dass der Sachstandsbericht zu diesem Tagesordnungspunkt unmittelbar mit der Vorlage im nicht öffentlichen Teil zusammenhänge.

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 16.11.2010 - öffentlicher Teil

Die eigentliche Vorlage war für März / April 2010 geplant gewesen. Aufgrund der angespannten Haushaltslage wurden aber auch andere Finanzierungsmöglichkeiten für das MMZ geprüft. Dies habe länger als erwartet gedauert und habe leider auch nicht zum gewünschten Erfolg geführt. Die Entscheidung, die heute zur Beschlussfassung vorgelegt wurde, sei für den Wirtschaftsplan 2010 sehr wichtig. Sollte der Beschluss bestätigt werden, werde der Wirtschaftsplan 2010 nachgearbeitet und dem Aufsichtsrat am 29.11.2010 vorgelegt.

Einige Mitglieder des Ausschusses bekräftigten, dass sie so schnell wie möglich nach dem Vorliegen des Investitionsplanes und der Beschlussfassung im Aufsichtsrat von der Verwaltung erwarten, dass weiteres Material und die Intensionen der Verwaltung vorgestellt werden.

zu 8.2 Sachstandsbericht zum weiteren Vorgehen bezüglich der verbleibenden Struktureinheiten des EB ZGM nach Bildung des Hauptamtes

Herr Neumann führte aus, dass Frau Oberbürgermeisterin Szabados den Auftrag erteilt habe, dass unter der Federführung von Herrn Dr. Pohlack ein Konzept erstellt werde. Auch der Wirtschaftsplan sei in Bearbeitung.

Er schlug eine Wiedervorlage vor, wenn Herr Dr. Pohlack wieder genesen sei.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Ergebnis:

Da Herr Dr. Pohlack krankheitsbedingt abwesend war, baten die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften um einen Bericht der Oberbürgermeisterin in der Sitzung des Hauptausschusses am 17.11.2010.

zu 8.3 Sachstandsbericht zur Situation der Zoologischen Garten Halle GmbH

Herr Neumann informierte, dass die Besucherzahlen im Zoo gegenüber dem Jahr 2009 rückläufig seien. Die finanzielle Lage habe sich durch einen erhöhten Zuschuss der Saalesparkasse und eine Erbschaft etwas entspannt. Die Ausschreibung der Gastronomie habe zu keinem positiven Ergebnis geführt.

Es wurde jetzt ein Interessenbekundungsverfahren für die Reilsche Villa für eine zoonaher Nutzung eingeleitet. Ein Ergebnis darüber sei Ende Frühjahr 2011 zu erwarten.

zu 9 mündliche Anfragen

Verwendung der VNG-Gelder

Auf Nachfrage von Herrn Wolter führte Herr Geier aus, dass vom Landesverwaltungsamt noch eine detailliertere Darstellung über die geplante Verwendung der VNG-Gelder und deren wirtschaftlichen Einsatz abgefordert wurde. Dies sei in Zusammenarbeit der Stadtwerke Halle GmbH und der BMA gerade in Arbeit.

STARK II

Herr Geier informierte auf Anfrage von Herrn Wolter, dass die Verträge zu STARK II der Stadt Halle (Saale) unterzeichnet seien. Eine Pressekonferenz, wie in Magdeburg oder Leipzig, sei nicht geplant.

FAG

Zum FAG erläuterte Herr Geier auf Bitte von Herrn Dr. Wöllenweber, dass die Stadt gemeinsam mit den anderen kreisfreien Städten des Landes Sachsen-Anhalts kein Klageverfahren angestrebt habe. Der Widerspruch wurde ohne Erfolg eingelegt und das FAG leider nicht zu Gunsten der kreisfreien Städte geändert.

HAVAG

Auf Nachfrage von Herrn Wehrich zu den Auswirkungen der geplanten 100 Stellen-Streichung bei der HAVAG führte Herr Geier aus, dass am kommenden Freitag die Aufsichtsratssitzung sei, bei der weitere Entscheidungen anstehen. Danach können die möglichen Auswirkungen auf den Verkehrsbedienungsfinanzierungsvertrag geprüft werden.

Finanzierung der Freien Träger im Kita-Bereich

Herr Knöchel bat um eine Zuarbeit zu folgenden Punkten:

1. Wie viel Haushaltsmittel wurden für die Finanzierung der Freien Träger im Kita-Bereich durch die Verwaltung veranschlagt?
2. Wann und in welcher Höhe erfolgte der Mittelabruf der Freien Träger im Kita-Bereich?
3. Ist der Mittelansatz des städtischen Haushaltes auskömmlich, um alle Verpflichtungen aus dem Jahr 2010 im Jahr 2010 zu begleichen?

Herr Kogge sagte zu, eine schriftliche Zuarbeit vor der Stadtratssitzung zu übergeben.

Benchmarkberichte

Herr Krause erinnerte an die Vorlage des Benchmarkberichtes mit anderen Städten, der in den letzten Jahren durch die Verwaltung vorgelegt wurde. Herr Geier sagte eine Prüfung zu.

zu 10 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollführerin